

schon über 1½ Milliarde, warten, da ja unsere Tributgläubiger ihre Anteile bei der Bank stehen lassen, auf Anlage. Bisher sind die Gelder nur kurzfristig angelegt worden. Ob daran durch die Gründung der neuen internationalen Hypothekenbank in Holland rasch viel geändert werden wird, ist vorläufig noch zweifelhaft. Auf die Dauer kann der Kurs nicht so bleiben wie bisher. Eine Änderung muß auch eine Belebung der Weltwirtschaft bringen. Das Hemmnis ist aber der Mangel an gegenseitigem Vertrauen in der Welt. Unter diesem Gesichtspunkt verdienen die jetzigen Debatten in Genf größte Beachtung. Die französischen Pläne gehen offensichtlich darauf hinaus, die Welt und insbesondere Mitteleuropa durch die Goldhortung auszuhungern und mürbe zu machen für Briand's Paneuropa, das die französische Vorherrschaft stabilisieren soll. Können England und U. S. A. dieser Lösung zustimmen und tatenlos zusehen? Kann das waffenstarrende Frankreich gezwungen werden, von seinem Plane Abstand zu nehmen? Wird sich Mitteleuropa der französischen Führung beugen? Ehe diese Fragen nicht entschieden sind, wird auch die W.Z., an deren Spitze Frankreich nicht umsonst einen Franzosen zu setzen verstanden hat, nicht aktionsfähig werden. Für Deutschland steht dabei ungeheuer viel auf dem Spiel. Bei unserer Wirtschaftsnot ist die Aussicht auf französische Kredite eine gefährliche Verlockung. Und wir können nicht überlange warten, bis etwa die Isolierung Frankreich zum Verzicht zwingt. Wer wird den längeren Atem und die stärkeren Nerven haben?

Im Wahlkampf jetzt ist von diesen Dingen gar nicht, desto mehr aber von innerpolitischen Maßnahmen gegen die Wirtschaftsnot die Rede gewesen. Man muß aber ein gutes Gedächtnis haben, um dabei den Faden nicht zu verlieren. Von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das zuerst eine so große Rolle spielte, ist es still geworden. Man hat eingesehen, daß Aufträge der öffentlichen Hand über einige hundert Millionen Mark dabei herzlich wenig bedeuten, handelt es sich dabei doch nur um Aufhebung vorher vorgenommener Kürzungen. Freiheit für die private Unternehmungsfreudigkeit von unten auf, also Abkehr von allen Sozialisierungsexperimenten wäre viel wichtiger und erfolgreicher. Auch von der Kostensenkung und Lastenminderung, die zunächst richtig zur Debatte standen und für die Belebung der Unternehmertätigkeit unerlässlich sind, ist es still geworden. Man hat die Tarife und Steuern erhöht und nicht abgebaut, und statt allem anderen spricht man jetzt nur vom Preisabbau, und zwar zwangsweisem. Die Politik spricht davon, heißt das. Und was das nun Wahlpolitik oder ist das Wirtschaftspolitik? Als Wirtschaftstheoretiker muß man, wenn man nicht alles vergißt, was bisher als Ergebnis der Wissenschaft vorliegt, bange werden. In der freien Wirtschaft war bisher noch immer Preiszusammenbruch ein Unglück, Zeichen der Krise. Als erstes Zeichen der Gesundung und der Überwindung der Krise galt die Erholung der Preise. Man spähte also aufmerksamst nach dem leisesten Zeichen eines Wiederanziehens der Preise aus, um Hoffnung auf ein neues Vorwärts schöpfen zu können. Jetzt heißt die Lösung: runter mit den Preisen! Ist das Merkmal des Aufstiegs? Früher war die Lösung: billiger produzieren! Jetzt soll gelten: billiger verkaufen! Heißt das aber nicht gar zu einseitig nur auf den Umsatz, will sagen den Konsum zu schauen? Gibt es nicht auch noch eine Vermögensrechnung? Unter dem Wiederbeschaffungspreis verkaufen heißt jedenfalls liquidieren. Wo ist die geringste Garantie, daß der Wiederbeschaffungspreis nicht über den jetzt gewaltsam zu senkenden Preisen liegen wird? Man spricht gleichzeitig so viel und so überzeugt von der Notwendigkeit vergrößerter Kapitalbildung. Ist aber eine solche Liquidation mit der Vernichtung der in den vorhandenen Warenvorräten und -lagern steckenden Kapitalien und Wertes Kapitalbildung? Was in dieser Hinsicht infolge des Preissturzes der Rohstoffe bereits vernichtet und verloren ist, geht ins Aschgraue. Dabei darf nicht vergessen werden, daß wir schon seit Jahren in einem derartigen Kapitalvernichtungsprozeß stehen. Es ist doch zweifelsohne erschütternd, daß in den letztverfloffenen sechs Kalenderjahren (1924—1929) mehr als 70 000 Konkursanmeldungen in Deutschland erfolgt

sind. So lauten die amtlichen Feststellungen über die offiziell zugestandenen Zusammenbrüche. Aber die ohne Benachrichtigung der Amtsstellen erfolgten Zahlungseinstellungen sind in dieser Zahl nicht enthalten und entziehen sich jeder Schätzung, machen jedoch zweifellos eine nicht viel kleinere Zahl aus. Dazu gesellen sich in dem gleichen Zeitraum dann noch mehr als 30 000 Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses. Rechnet man für diese mehr als 100 000 Fälle von Zahlungsunfähigkeit einen durchschnittlichen Schuldenbetrag von je 50 000 RM. (die amtlichen Ermittlungen verzeichnen höhere Durchschnittsbeträge), so ergibt sich, daß in den letzten sechs Jahren 5 Milliarden RM. Forderungen durch den wirtschaftlichen Ausscheidungsprozeß notleidend geworden sind. Das gilt jedoch, wie nochmals betont sei, nur für die amtlich erfaßten Konkurse und Vergleichsverfahren. Unter Berücksichtigung der statistischen Angabe, daß 16 889 Konkursanträge unter der genannten Zahl wegen Masse mangels abgelehnt werden mußten, kann im allergünstigsten Falle mit einem durchschnittlichen Ertrag von etwa 20 Prozent aus den Konkurs- und Vergleichsverfahren gerechnet werden, obgleich die Vergleichsverfahren in der Regel zu einer wesentlich höheren Befriedigung der Gläubiger führen. Der sich somit rechnerisch für den gewählten sechsjährigen Zeitraum ergebende Verlust aus den amtlich durchgeführten Verfahren dürfte mit rund 4 Milliarden RM. nicht wesentlich von der tatsächlichen Einbuße abweichen. Man wird sagen, daß dieser Reinigungsprozeß notwendig ist. Ohne diese Voraussetzung keine Besserung. Zugegeben, die Wirtschaft wird diese Krise auch von sich aus durchlämpfen. Ist es dann aber nicht doch gefährlich, diese Krise durch Gewalteinriffe noch zu verschärfen? Jedenfalls wird der gewissenhafte Arzt die Pflicht empfinden müssen, wenn er schon gewaltsame Eingriffe zur Heilung für unerlässlich hält, rechtzeitig sofort auch für Erleichterungs- und Stärkungsmittel zu sorgen. In diesem Sinne erwächst dem neugewählten Reichstag und der Reichsregierung eine verantwortungreiche Aufgabe. Die Verstärkung der radikalen Flügelparteien wird ihre Lösung schwerlich erleichtern.

Die Konjunkturberichte der letzten Zeit bringen den Ernst der Lage übereinstimmend nur zu deutlich zum Ausdruck. Das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe faßte zusammen:

Die Wirtschaftslage blieb im August gedrückt. Wenn auch bisher in kaum einem Industriezweig Anzeichen auf baldige Überwindung des Tiefstandes vorlagen, so kann doch die in absehbarer Zeit notwendig werdende Auffüllung der Lager, die Herausgabe öffentlicher Aufträge und die einsetzende Ordnung der öffentlichen Finanzen zu einer Festigung des Vertrauens führen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug in der Mitte des Monats 1 915 000, d. h. rund 1 Million mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Teilweise setzte eine Bewegung auf Neuregelung der Löhne in Anpassung der Wirtschaftslage ein. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß die der Ausdehnung der Preis senkung bei den Agrar- und Rohstoffen auf die Einzelhandelsprodukte entgegenstehenden Hemmungen abnehmen. Der Außenhandel hielt sich im Juli auf der Höhe des Vormonats. Doch verminderte sich der Überseehandel gegenüber dem Handel mit den europäischen Ländern. Die Grundstimmung an der Börse wurde zum Monatschluß freundlicher.

Hier ist noch, wie schon oft, alles unterstrichen, was einigermaßen Hoffnung machen kann. Weit pessimistischer hat sich das Institut für Konjunkturforschung geäußert. Es schreibt:

Die deutsche Wirtschaft verharrt in tiefer Depression. Die industrielle Produktion ist um 15 bis 20 Prozent geringer als im Vorjahr. 2,85 Millionen Menschen sind arbeitslos. Zum erstenmal seit dem Weltkrieg befindet sich die deutsche Konjunktur in vollem Gleichakt mit der weltwirtschaftlichen Industriekonjunktur. Mit der industriellen Depression verbinden sich schwere Strukturstörungen der Weltagrarwirtschaft, wodurch die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer für industrielle Produkte stark herabgemindert wird. Anders als 1926 bietet deshalb der Export der deutschen Industrie keinerlei Ausgleich: Die Ausfuhr Deutschlands ist sogar mengenmäßig gesunken. Diese Entwicklung ist umso nachteiliger, als der Rückgang im internationalen Preisniveau automatisch eine Erhöhung des Realwertes der Reparationslasten